

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung. Wilhelmstr. 17.
Ges. Ad. Schles. Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ollo Wickish, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
E. Fontane
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Amoncon-Expeditionen
Pub. Pöse, Hasenstein & Vogler A. C.
G. J. Danke & Co., Invalidenbank.

Verantwortlich für den
Inseratenhafen:
F. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Mr. 152

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 1. März.

1892

Deutscher Reichstag.

183. Plenarsitzung vom 29. Februar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Der Verhandlung wohnt Prinz Heinrich in der Hof-
loge bei.

Das Haus ist wieder sehr schwach besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt

Präsident v. Lebeck an, daß er bei der Bewilligung von
Urlaubsgefüchen angehts der schwachen Besetzung des Hauses

künftig rigoroser sein werde als bisher.

Abg. Bamberg (dfr.) giebt zu erwägen, ob nicht eine
Überwindung des Zusammengangs des Reichstags und
des preußischen Landtags, als Hauptgrund für die dauernde
Beschlußunfähigkeit des Hauses, anzusehen sei.Präsident v. Lebeck erwidert, daß er eine Anregung in
dieser Beziehung aus der Mitte des Hauses abwarten müsse.Abg. Rickert erinnert dem gegenüber daran, daß alle früheren
Anregungen an dem Widerstand des Bundesrathes abgeprallt sind;
vielleicht aber können alle Parteien nochmals die Verhandlungen
wieder aufnehmen in der Hoffnung, jetzt ein günstiges Gehör zu
finden.Abg. Bamberg: In der That ist das vielleicht angezeigt
angehts des Umstandes, daß wir jetzt einen neuen Reichskanzler
haben, bei dem vielleicht nicht mehr die früheren Motive des
Widerstandes bestehen. Jedenfalls ist es gegenwärtig bei dem
augenblicklichen Zusammengangs-System, wo beide Häuser mit
schweren Arbeiten überlastet sind, unmöglich, beschlußfähige Häuser
zu erhalten.Abg. Frhr. v. Stumm widerspricht der Ansicht, als ob die
verbündeten Regierungen irgend ein Vorwurf für die Beschluß-
fähigkeit treffen könne.Abg. Graf Ballestrem (Btr.) schließt sich der Klage über die
fortwährende Beschlußunfähigkeit des Hauses in allen Punkten an
und betont noch besonders in Bezug auf das Zusammengang der
Parlamente die zu gleicher Zeit stattfindenden Landtage der süd-
deutschen Staaten. Es sei daher dringend erwünscht, durch irgend
einen Modus dem Nebelstande abzuhelfen, da die chronische Be-
schlußunfähigkeit des Reichstages zu einer förmlichen Kalamität
herangewachsen ist, und er hoffe, daß auch die verbündeten Regie-
rungen angehts der Wünsche aller Parteien zu einer Erwähnung
hierüber mit den Mitgliedern des Hauses bereit sein würden.Abg. Rickert: Ganz schullos an diesen Dingen sind auch die
verbündeten Regierungen nicht; denn sie berufen doch die Parla-
mente zu bestimmter Zeit. Der Reichstag hat schon früher einmal
eine Einberufung im Oktober statt erst im November befürwortet.Geleicht das, so kann er einen erheblichen Theil seiner Arbeiten
bis Weihnachten abwickeln, sodass nicht gerade die Hauptarbeiten
von Landtag und Reichstag in dieselben Wochen zusammenfallen.
Die Gründe der Beschlußunfähigkeit liegen aber noch in anderen
Dingen, vor allem in der Diätenlosigkeit, die namentlich für die
süddeutschen Abgeordneten ins Gewicht fällt, und besonders darum
ungünstig wirkt, weil bei dem fortwährenden Zugehen neuer großer
Entwürfe absolute Ungewissheit über das Ende schwelt. Könnte
man wissen, daß etwa bis Palmsonntag die Session geschlossen ist,
dann würden viele Abgeordnete ihre Dispositionen darnach treffen
können. Über 4 Monate aber einen beschlußfähigen Reichstag zu-
sammenzuhalten, halte ich für unmöglich.Abg. Graf Preysing (Btr.) tritt den Klagen besonders mit
Rücksicht auf das gleichzeitige Tagen des bayerischen Landtags bei.Abg. Dr. Bamberg (dfr.): Ich habe nicht die gegenwärtige
Bundesregierung für die bestehenden Mißstände verantwortlich
machen, sondern nur hervorheben wollen, daß Fürst Bismarck nicht
ganz unzufrieden war, eine gewisse Friction der beiden Repräsentationen zu sehen. Ich hoffe aber, die gegenwärtige Regierung be-
reit zu finden, eine Lösung dieser Frage zusammen mit dem Reichs-
tag zu versuchen.Abg. v. Hellendorf (konf.): Der wesentliche Grund der Be-
schlußunfähigkeit liegt nicht so sehr im Zusammengang der Häuser,
sondern darin, daß viele Mitglieder nicht das genügende Maß
von Pflichtbewußtsein haben. Nebrigens kann der Reichstag sich
selbst durch seine Geschäftsordnung Abhilfe schaffen, wenn er öko-
nomischer mit der Zeit der Berathungen umgeht, und nicht z. B.
3 bis 4 Tage auf die erste Sitzung des Etats verwendet. (Lachen
links.)Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.): Allerdings erfüllen viele
Mitglieder ihre Pflicht nicht, die durch ein Zusammengang durch-
aus nicht gehindert sind, zu erscheinen. Andererseits aber hat der
Reichstag doch in dieser Sache an ernsthafte Abhilfemaßnahmen zu
denken, vielleicht im Sinne der Anregung eines früheren Beginns
der Session.Abg. Singer weist gegenüber dem Abg. von Hellendorf dar-
auf hin, daß gerade die rechte Seite die meisten Fehlenden auf-
weise, und daß andererseits sie auch z. B. bei den Handelsverträgen
die Verhandlungen am meisten in die Länge gezogen habe.
Zudem mache auch die gegenwärtige Hardhabung der Preßfreiheit
es notwendig, die Reichstagsverhandlungen zu benutzen, um alles
das, was in der Presse nicht gesagt werden kann, zur Sprache zu
bringen.Abg. Frhr. v. Manteußel (konf.): Der Reichstag ist doch
nicht der einzige Ort, wo man seine Meinung frei äußern kann.
Es entspricht doch nicht der Würde des Reichstages, nur aus dem
Fenster herauszupredigen. Die Rechte ist an der Verschleppung der
Verhandlungen nicht schuld, sie legt sich genügend Beschränkung auf.
Die Handelsverträge sind doch schnell genug zu Ende geführt worden.
Die verbündeten Regierungen kann man für den Nebel-
stand nicht verantwortlich machen. Die Diätenlosigkeit ist auch
nicht schuld, denn der diätenlose Reichstag ist schon oft sogar im
Juni zusammengehalten worden.Abg. Rickert: Niemand hat der Regierung oder einer Partei
einen Vorwurf machen wollen. Die konervative Partei war durch-
aus berechtigt, ja verpflichtet, die Handelsverträge möglichst sorg-
fältig zu beraten. Es ist aber auch niemandem ein Vorwurf zu
machen, daß er zum Fenster hinausspricht, hat das doch der Reichs-

Kanzler Fürst Bismarck selbst gethan. Auf unsere Resolution im
Jahre 1873, die Regierung aufzufordern, den Reichstag bereits im
Oktober einzuberufen, wurde uns geantwortet, daß bei den einzelnen
Bundesregierungen Umfrage darüber gehalten werden sei. Wir
haben aber niemals etwas über die Ansicht der Bundesregierungen
erfahren. Ich möchte daher anregen, diesen Antrag wieder einzubringen, vielleicht fällt er auf besserer Boden als damals.

Abg. Dr. v. Bemmisch (nl.) hält eine Verbesserung des
jetzigen Zustandes, eine Einberufung des Reichstags im Oktober,
für möglich. Dem Zustand der Beschlussfähigkeit könnte man
damit ein Ende machen, daß man die Zahl der zur Beschlussfähigkeit
nötigen Mitglieder für gewisse Sachen und für zweite Lesungen
viele erhöhen. Ich auf 100 herabsetzt. Auch wäre es wünschens-
wert, daß schon bei Beginn des Reichstags das Arbeitsprogramm
der Session festgestellt und die Vorlagen in nicht allzu später Zeit
alle eingebrochen seien.

Präsident v. Lebeck: Wenn eine Besserung des bisherigen
Zustandes durch die Geschäftsordnung möglich wäre, so hätte ich
die Sache schon angeregt, aber die Zahl für die Beschlussfähigkeit
ist durch die Verfaßung festgesetzt.

Abg. Frhr. v. Stumm widerspricht einer Herabsetzung der
Beschlussfähigkeitsziffer, weil dann der ganze Schwerpunkt der
zweiten Sitzung verschoben und die Entscheidung auf die in Berlin
wohnhaften Abgeordneten übertragen werden würde.

Abg. Richter: Ich freue mich, einmal mit Herrn v. Stumm
übereinstimmen zu können. Schon an sich würde es zur Erhöhung
des Ansehens des Reichstages nach außen nicht beitragen, wenn
die Beschlussfähigkeitsziffer noch weiter herabgesetzt würde. Die
ganze Bedeutung der zweiten Sitzung würde in der That gegen-
jezt verändert werden. Die zweite Sitzung, in der jetzt materiell
die Hauptentscheidung getroffen wird, würde nur eine erweiterte
Kommissionsberatung werden. (Sehr richtig!), und das eigentlich
Schwergewicht der Verhandlungen würde in die dritte Sitzung fallen,
die jetzt nur eine gewisse Legalisierung der Beschlüsse zweiter
Sitzung ist. Wir würden also nur eine erweiterte dritte Sitzung
aber keine Abkürzung der zweiten bekommen. (Sehr richtig!) Außerdem
würden die geschäftlichen Dispositionen erschwert werden,
da die dritten Sitzungen in die Zeit gelegt werden müssten, in
der eine größere Präsenz in Berlin vorhanden ist. Die Ver-
handlungen haben heute ergeben, daß eine Verfaßung des Reichs-
tags im Oktober wünschenswert ist, und daß jede Tagung nur
mit einem gewissen, von vornherein möglichst festgestellten Arbeits-
plan besetzt wird. Außerdem bleibe ich aber dabei, daß eine der
Hauptursachen der mangelnden Präsenz die Diätenlosigkeit ist,
und für diese wäre eine Verfassungsänderung durchaus nötig.

Abg. Graf Ballestrem (Btr.): Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet.
Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.
Die zweite Beratung des Marineetats wird fortgesetzt mit
dem Extraordinarium.
Bei Kapitel 6, Titel 2 (Schlussrate für Panzerschiff „Brandenburg“) hält.

Abg. v. Henk (l.) seine vorjährige Erklärung über die aus-
reichende Schnelligkeit der deutschen Schiffe im Verhältnis zur aus-
ländischen Marine aufrecht.
Bei Titel 3, 4. Rate für Panzerschiff B werden nach dem An-
trage der Kommission 800 000 M., bei Titel 4, 4. Rate für Panzer-
schiff C 50 000 M. abgesetzt.

Bei Titel 5, 4. Rate (2 Millionen) für das Panzerschiff „Friedrich Wilhelm“ hat die Kommission eine Million ge-
strichen.

Abg. Rickert (dfr.): Als gegen unsern Willen die 4 Panzer-
schiffe bewilligt wurden, wies ich bereits darauf hin, daß diese Be-
willigung eine bedeutende finanzielle Mehrforderung zur Folge
haben werde, obwohl meine Anfrage, ob weitere größere Docks,
weitere Hafeneinrichtungen nach Fertigstellung der Panzerschiffe
nötig sein würden, von dem damaligen Staatssekretär der Marine
verneint wurde. Wir haben die Interessen der Marine vertreten
als wir deswegen noch verspottet wurden, und noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 1887 erhielten wir eine Den-
kschrift, nach deren Ausführung wir in den nächsten fünf Jahren
nur 8 Millionen für Neubauten zu bewilligen haben sollten; zwei
Jahre später kam eine ganz andere Formation und es wurden 20
bis 30 Millionen gefordert. Wenn nun heute wieder eine Vorlage
kommt für den Bau von Trocken- und Trocken- und Trocken-
Maßstab für die Beurteilung der Regierungsforderung. Wie die
Dinge jetzt gehen, können wir sie nicht mitmachen. Wir wollen
einen bestimmten Plan, ein klares Ziel, vor allem in finanzieller Beziehung. Ich bedaure, daß die Marineverwaltung
eine Stetigkeit, wie sie das Parlament wünschen muß, nicht zeigt.
Hat denn die Marineverwaltung sich erst in alterneuer Zeit ent-
wickelt, so kann sie nicht abgegeben werden, noch heute haben
wir ein ebenso lebhafte Interesse für die Marine wie jede andere
Partei. Was wir aber nicht wollen, das ist, daß wir jeden Tag
eine andere Route geführt werden. 18

Abg. Jeben (nl.) will zur die Bewilligung der geforderten Prezente ein, welche für den auswärtigen Dienst zur Repräsentation und bei ausbrechenden Unruhen nothwendig seien. Die Freifinnigen, die für die Ausdehnung des Handels so lebhaft eintreten, dürften sich hier, wo es sich um den Schutz des deutschen Handels handelt, nicht passiv verhalten. Man kann bei ausbrechenden Unruhen im Auslande nur durch ein starkes Schiff imponieren. Wenn wir auch nicht überall Kreuzer zum Schutz des Handels haben können, so dürfen wir doch, soweit es angeht, für unseren Handel den Schutz der deutschen Marine beanspruchen. Die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Chile hat eine so gute Wirkung gehabt, und ich muß dabei der deutschen Mannschaft meine volleste Anerkennung aussprechen, daß schon dieses Beispiel die Nützlichkeit der Anwesenheit deutscher Schiffe im Auslande beweist. Ich bitte daher, die Forderung für den Kreuzer K zu bewilligen.

Abg. Rittert (df.): Die Kreuzerkorvette ist in der Kommission mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Der Vorredner hat die Sache so dargestellt, als ob nur mit der Korvette K die Küsten des deutschen Landes geschützt werden könnten. Ich bin der Meinung, daß der deutsche Handel sich früher Bahn gebrochen hat, als es Geschwader gegeben hat. So lange wir hier debattiren über diese Angelegenheiten, sind wir stets zu der Überzeugung gekommen, die auch hervorragende Militärs getheilt haben, daß, so lange wir für den Militarismus so große Opfer bringen müssen, wie es der Fall ist, wir nicht an die Erfüllung von solchen Wünschen denken können, wie sie der Vorredner ausgesprochen hat. In der Denkschrift wird direkt ausgesprochen, daß wir uns in der Entsendung von Schiffen nach dem Auslande beschränken müssen, so lange wir über Mangel an Schiffspersonal zu klagen haben. Wir haben dasselbe Interesse an dem Handel, wie die Herren auf jener Seite. Wenn der Reichskanzler auf Amerikaner und die „Alabama“ verwiesen hat, so bemerkte ich, daß er sich damit selbst widerlegt hat, denn die „Alabama“ war doch nur ein Schiff, und auch wir haben ja bereits ein Schiff in der Korvette J, so daß also die jetzt geforderte Korvette aus diesem Grunde wenigstens nicht nothwendig ist. Wenn der Reichskanzler über die falschen Berichte über die Verhandlungen in der Kommission klagt, so muß ich dem entgegentreten. Was die Forderungen für die Marine betrifft, so hat der lebhafte Bau der Schiffe in den letzten Jahren dazu geführt, daß man vorübergehend die Werften übermäßig belastete, so daß viele Arbeiter hinzugezogen werden mußten, welche nachher wieder entlassen würden. Dieser forcire Schiffsbau ist sehr zu bedauern. Es ist aber stets von allen Parteien verlangt worden, daß wir vor allem dauernd einen tüchtigen Stamm von Werftarbeitern haben müssen. Wenn man aber früher so viel Geld bewilligt hat, daß die Verwaltung es nicht einmal verwenden konnte, so kann man daraus nicht den Schluss ziehen, daß solche Bewilligungen dauernd erfolgen sollen. Ohne diese Korvette haben wir in diesem Etat 32 Millionen für Schiffsbauten bewilligt, das heißt das Viertelte von dem, was der Reichskanzler als Chef der Marine im Jahre 1887/88 für die nächsten fünf Jahre für nothwendig hält. Wenn aber der Verwaltung so große Summen zur Verfügung gestellt werden, dann müssen wir auch fordern, daß in erster Reihe die kaiserlichen Werften beschäftigt werden. Die Forderung wäre undenkbar, daß wir, lediglich um die Privatindustrie aufrecht zu erhalten, hier Summen bewilligen sollen. Ich erwarte, daß der Staatssekretär in dieser Beziehung beruhigende Erklärungen abgeben wird. Der Reichskanzler beruft sich auf das Schreiben des Oberpräsidenten von Pommern zum Zeichen dafür, daß ein Notstand vorliege. Als wir aber den Antrag auf Aufhebung der Zölle einbrachten, wollte der Reichskanzler von einem Notstand nichts wissen. Hier handelt es sich aber nur um ein beschränktes Gebiet und was Kiel recht ist, ist Danzig und Wilhelmshaven billig. Ich bin der Ansicht, daß der forcire Schiffsbau, wie er in den letzten Jahren stattgefunden hat, zum Schaden der Marine ausgeschlagen muß. Wir haben dieselbe Liebe für die Marine und dieselbe Hochachtung für ihre Leistungsfähigkeit, wie die Herren auf jener Seite. Aber wir erfüllen eine patriotische Pflicht, wenn wir die Forderung ablehnen, weil wir glauben, daß die Grenze überschritten ist.

Abg. Hahn (konf.): Wir werden für die Korvette stimmen, und zwar aus denselben patriotischen Gründen, aus denen der Abg. Rittert gegen dieselbe stimmen will. Wir müssen für eine starke Marine eintreten, da wir unsere Küsten nicht durch das Heer schützen können. Glaubt denn der Abg. Rittert, daß wir jetzt schon eine Flotte zweiten Ranges haben? Wir bestreiten das, wir sind aber der Meinung, daß wir eine solche Flotte zweiten Ranges haben müssen. Die Ausführungen des Abg. Rittert wären zu verstehen, wenn es sich um größere Forderungen handeln würde, aber hier ist doch nur von einem Schiffe die Rede. Darin stimme ich dem Abg. Rittert bei, daß das Reich nicht solche Arbeiten vornehmen lassen kann, welche es nicht nötig hat, nur um deswillen, daß arbeitslose Leute beschäftigt werden. Aber den Arbeitern, welche wirklich arbeiten wollen, können wir entgegenkommen, indem wir Arbeiten in Angriff nehmen, die wir später doch machen lassen müssen, damit die Arbeiter Brot erhalten. Von jener Seite hat man zwar immer darauf hingewiesen, daß die Getreidezölle das Brot vertheilten. Aber jetzt sind die Zölle herabgelebt; ist das Brot aber billiger geworden? Nein. Nach dem Oberpräsidenten von Pommern sind dort bereits 4000 Personen arbeitslos. Hier handelt es sich lediglich um die Frage, ob wir, ohne das Reich finanziell zu schädigen, der arbeitslosen Bevölkerung zu Brot verbhelfen können, und diese Frage muß ich bejahen. Wir müssen aber im Interesse der Bevölkerung auch darauf sehen, daß die Privatwerften beschäftigt werden, damit auch diese sich bestreben, möglichst Vollkommenes zu erreichen. Wir werden für die Bewilligung dieser Forderung stimmen.

Abg. Härle (Volksp.): Im Einzelnen auf der Tribüne schwer verständlich: Wir sind nicht reich genug, um Schiffe zu bauen, nur um die Privatindustrie in Thätigkeit zu erhalten. Wir müssen Alles bewilligen, was zum Küstenhug nothwendig ist; aber sie werden nicht behaupten können, daß unsere Küsten ungefährdet sind, wenn diese Kreuzerkorvette abgelehnt wird. Die Marine hat schon jetzt nicht genug Mannschaften für die Besatzung unserer Schiffe, und mit jedem neuen Schiffe tritt dieser Mangel immer mehr hervor. Die ungewisse sieberhafte Thätigkeit im Schiffsbau hat jetzt ihre Folgen gezeigt, wir dürfen nicht sie forschegen. Bei uns im Süden herrscht vielleicht eine größere Begeisterung für unsere Flotte als im Norden; aber wir, die berufenen Vertreter des deutschen Volkes, haben die heilige Verpflichtung, ohne jede Schwärmerei genau zu prüfen, wie weit wir gehen dürfen. (Beifall links.)

Abg. Richter: Ich werde überhaupt gegen die erste Rate für Panzerfahrzeuge stimmen. Es wird in diesem Jahre so viel für Schiffsbauten ausgegeben wie in keinem Jahre. In der heutigen Sitzung sind bis jetzt schon 20 Millionen bewilligt worden. Wie ich im vorigen Jahre nicht die Nothwendigkeit für den Bau der Panzer 5 und 6 eingesehen habe, finde ich in diesem Jahre den Bau der Fahrzeuge 7 und 8 noch viel weniger angezeigt. In der Denkschrift 1887/88 wurden kleine Kreuzer befürwortet, heute denkt Niemand mehr daran. Voriges Jahr ist uns freilich versichert worden, daß man mit dem Bau der Schiffe 5 und 6 vorgehen könne; heute wird gesagt, daß so große Veränderungen in der Anordnung der Schiffe eingetreten seien, daß man künftig dasselbe mit 3 Schiffen erreichen könne, wozu jetzt 4 nothwendig seien. Man sagt aber, daß sich an den Schiffen, die im Bau seien, diese Veränderungen nicht mehr vornehmen lassen. Der Reichskanzler meint, man müsse größere Schiffe haben, um den wilden Völkerschaften

imponieren zu können; in der Denkschrift von 1888 schlug er aber kleine Schiffe vor, und danach hieß es: Mit den vorhandenen Kreuzerfregatten und Kreuzerkorvetten reicht man auf Jahre hinaus aus. Der Abg. Jeben scheint nicht so bewandert zu sein in diesen Dingen, wie man meinen sollte. Er spricht von „alten Kosten“, aber davon sind zwei Kreuzerkorvetten erst 1887 vom Stapel gelaufen, zwei 1889, eine 1891. Der Abgeordnete Jeben sagt, daß alle Herzen höher schlagen, wenn ein Schiff kommt. Aber um sich das vorzustellen, kann man auch eine Landstrasse sein. Wenn ein schmuckes Husarenregiment im Manöver in ein kleines Landstädtchen kommt, so schlagen auch viele Herzen höher. (Hinterkeit.) Wie kann man die Marine von 1862 mit den zahlreichen Schiffen vergleichen, die heute vorhanden sind. Heute sind wir eine Flotte zweiter Klasse im besten Sinne des Wortes. Für den Frieden reicht unsere Flotte vollkommen aus. Bezuglich des Krieges aber stellt man sich auf einen ganz anderen Standpunkt, als früher. Die Denkschrift von 1873, die aus der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wo man noch die Milliarden hatte, sagt, daß unsere Marine im Kriege nicht gegen die anderen großen Seemächte auffommen könne, sie habe dann lediglich die Aufgabe, bei einem Entscheidungskampf ihr Scherlein beizutragen. 1878 hat man erst 7 neue Korvetten in Aussicht genommen. Jetzt sagt aber der Reichskanzler, daß wir nach Befordern der jetzt bewilligten Schiffe noch weitere Kreuzerkorvetten bauen müssen. Damit eröffnet sich eine Perspektive, welche mich veranlaßt, nur um so vorsichtiger zu sein. Nun ist ein sozialpolitisches Moment in die Debatte hineingespielt worden. Nach den Anträgen des Reichskanzlers könnte man meinen, daß durch die Bewilligung des Kreuzers die Arbeitslosigkeit überhaupt beseitigt wäre. Eigentlich ist es, wie die rechte Seite die Sache auffaßt, die doch bisher sich gar nicht genug dagegen wenden konnte, daß die Arbeiter vom Lande in die Stadt ziegen. Wer kann denn hier übersehen, wie die Verhältnisse dort sind? Mir wird gesagt, daß der Vulkan sich in seinen Einrichtungen überspannt hat, und daß infolgedessen der Glaube vorherrscht, als ob es mit den Zahlungen und Bestellungen immer sorgen müßte, wie es bisher gegangen ist. Wenn wir nicht in ganz userloser Seiten hineinkommen wollen, so müssen wir demnächst eine Beschränkung in dem Bau neuer Schiffe eintreten lassen. Wohin soll es kommen, wenn sich solche Vorgänge wiederholen, daß die Verhältnisse eines privaten Unternehmens hier gelöst gemacht werden für Beschlüsse des Reichstages. Wer weiß denn, ob diese Bewilligung überhaupt nicht viel vortheilhafter sei für die Dividende der Aktionäre des Vulcans als für die Arbeiter dort?

Vor Allem aber macht mich der parlamentarische Gang bedenklich. Mir ist kein Vorgang bekannt, wo in dieser Weise die Verhältnisse eines einzelnen Staates entschieden werden sollten, die sachlich der Mehrheit widerstreift. Ich dachte wohl an die Möglichkeit eines Zwischenfalles, aber auf eine solche Befürwortung war ich nicht vorbereitet. Wohin soll es führen, wenn dieser Vorgang sich wiederholt? Dann kann man dieselben Argumente vorbringen für alle möglichen Bewilligungen auch in anderen Staaten, und ich sehe dann auch kein Ende ab für eine sachgemäße Bewilligung und Berücksichtigung der Finanzen.

Man tut so, als ob es nur von der Majoritätsbewilligung abhängt, um das Geld aus dem Boden zu stampfen. Uns machen die Millionen doch auch nicht auf der flachen Hand. Sie mehr Millionen hier bewilligt werden, um so mehr müssen sie an einer andern Stelle aus der Volkswirtschaft fortgenommen werden. Wir arbeiten doch nur mit den Ersparnissen des Volkes. Je mehr wir bewilligen, desto größer müssen die Anleihen sein, und auch wenn nur das, was die Kommission bisher befürwortet hat, bewilligt wird, kommen wir für Heer und Marine schon zu einer Anleihe, die die letzte Anleihe übersteigt. Die Stockung in den Gewerbsverhältnissen ist meiner Ansicht nach weit eher auch begründet in den großen Summen, die alljährlich für Militär und Marine aus dem Volkshaushalt herausgezogen werden. Solche kleine Mittel, daß der Vulkan ein paar hundert Arbeiter in einem Jahre mehr beschäftigen kann, ändern an den Verhältnissen gar nichts. Je mehr Sie aber dazu beitragen, durch sparsame Behandlung der Bewilligungen die großen Anforderungen für Militär und Marine zu beschränken, um so mehr Mittel führen Sie dem bürgerlichen Erwerbsleben zu, um so mehr beleben Sie Handel und Wandel und tragen nach einer wirklich unzweifelhaften Richtung dazu bei, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Wir sind gern bereit der Anregung des Grafen Ballestrem zu folgen und zu versuchen, bis zur dritten Lesung zu erwägen, ob wir nicht zu einer Bewilligung kommen können. Die Vertretung deutscher Schiffe im Auslande hat die gute Folge gehabt, daß da, wo solche Schiffe vorhanden waren, unsern berechtigten Forderungen Folge geleistet wurde. Der Handelsstand verlangt einen solchen Schutz; das hat die Forderung eines solchen in Chile bewiesen. Hier war auch nicht die Absicht, die Summe für die Kreuzerkorvette abzusezen, sondern man wollte sie nur auf ein Jahr zurückstellen. Das bedeutet die Ersparnis von 70 000 Mark Binsen; diese 70 000 Mark spielen doch aber in unserer Finanzverwaltung keine so große Rolle, daß wir sie nicht auch schon dieses Jahr ausgeben könnten. Unsere Finanzen sind nicht so schlecht, wie sie dargestellt werden. Denn wenn auch die deutsche Reichsanleihe dreimal überzeichnet worden ist, so ist uns das noch immer lieber, als wenn in Paris eine russische Anleihe 14 mal nominell überzeichnet wird, während kaum der sechste Theil der Bezeichnungen mit der Absicht erfolgt ist, die Papiere zu erwerben. Das letzte Moment des Reichskanzlers ist in der That sehr bedeutsam. Es handelt sich nicht um gewöhnliche Handarbeiter, welche beschäftigungslos werden wollen, sondern technisch geschulte Arbeiter, die schwer sonst angemessene Beschäftigung finden können. Es ist auch durchaus nicht so unwesentlich, ob 500 solcher Leute die Arbeit verlieren. Es kommt sehr viel darauf an, ein geschultes Personal auf den Werften zu halten.

Abg. Dr. Barth (df.): Die Bedeutung, die es hat, wenn ein deutsches Kriegsschiff sich in einem fremden Hafen zeigt, ist eine ganz untergeordnete gegenüber der ganzen Machstellung, die Deutschland überhaupt in der Welt hat. Das Beispiel des Kreuzers „Alabama“ zeigt, daß an einen wirsamen Schutz des eigenen Handels durch Kreuzer gar nicht gedacht werden kann. Bei Ausbruch eines Krieges wird auch kein Krieger kostspielige Schiffe weiter laufen lassen. Die Wirkung eines Krieges wird immer die sein, daß unsere Exportschiffe in den Häfen liegen bleiben werden. Der Schutz des deutschen Handels wird durch einen Kreuzer ebenso wenig gewährleistet wie durch ein Dutzend. Und wenn man sagt, die Kreuzer seien in der Lage, den Handel des fremden Landes zu schädigen, so hat das gar keine Wirkung für den Ausgang des Krieges. Die Auffassung des Abgeordneten v. Bennigsen, als ob die geforderten Raten nur zurückgestellt seien, ist nicht zutreffend, denn es ist von keiner Seite gesagt worden, daß man im nächsten Jahre die Forderung bewilligen will.

Wenn man die Forderungen bewilligen will mit Rücksicht auf die Arbeiter, wohin würde man dann kommen? Dann würden auch andere Erwerbszweige mit denselben Argumentationen kommen. Dann würden die Munitions- und Waffen-Fabriken im Interesse ihrer Arbeiter fortwährend Beschäftigung verlangen. Wenn die Konservativen heute mit Rücksicht auf den Notstand der Arbeiter solche Forderungen bewilligen wollen, dann muß ich an die früheren Ausführungen des Abg. Meurer erinnern, der die Schilderungen vom hungernden und sterbenden Arbeiter in die Spalten

eines Feuilletons verwies. Wenn man im Staat und in den Kommunen so vorgeht, dann bleibt man dazu einen Anreiz, daß sich einzelne Bevölkerungsklassen ganz auf die Hilfe des Staates sich verlassen. Auch aus diesem Grunde also müssen wir gegen die Forderung stimmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Hollmann: Ich habe in der Kommission ausdrücklich erwähnt, daß unsere Flotte jetzt schon hinter der russischen zurückbleibt, und daß der Unterschied in den nächsten Jahren sich noch bedeutend vergrößern wird.

Abg. v. Henk (l.): spricht sich für die Bewilligung der Korvette aus.

Die weitere Berathung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt (Außerdem: Telegraphengesetz und Gesetz betr. Belagerungszustand Elsass-Lothringens). Schluß 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 29. Febr. Die Notstandsfrage hat heute auch bei der Berathung des Marinettats im Reichstag ihre Rolle gespielt. Es ist wohl noch nicht dagewesen, daß eine Forderung für den Neubau eines Panzerschiffes vom Reichskanzler damit begründet wurde, wenigstens teilweise damit unterstützt wurde, daß die Rücksicht auf die Arbeitslosen in Stettin die schleunige Inangriffnahme des Baues nothwendig mache. Graf Caprivi entwarf ein sehr düsteres Bild von der Lage der Arbeiter in der pommerschen Hauptstadt und die Berichte des Oberpräsidenten v. Puttkamer, der seine Mittheilungen wieder aus den Berichten aus der Direktion des „Vulkan“ schöpft, haben herhalten müssen, um an das Herz des Reichstages zu appelliren, wo der Appell an die nüchterne Einsicht nicht mehr ausreicht. Der Reichskanzler hat gewiß damit nicht sagen wollen, daß die sachlichen Gründe für die Dringlichkeit des Baues der Korvette K nach seiner Meinung nicht ausreiche, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen, aber es macht sich immerhin auffällig, wenn die Regierung auf Momente, die völlig außerhalb der sachlichen Verhältnisse liegen, übergreifen muß. Der Reichstag nahm die Anregung des Grafen Caprivi begreiflicherweise mit sehr gemischten Empfindungen auf. Mehrere Redner hielten es überhaupt nicht am Platze, auf diesen Theil der Ausführungen vom Bundesrathstheile näher einzugehen; andere verwahrten sich mit großer Bestimmtheit gegen die ihnen zugemuteten Verquicke von höchst anfechtbaren sozialpolitischen Rücksichten mit solchen ausschließlich sachlicher und finanzpolitischer Natur. Zu diesen Rednern gehörte auch Graf Ballestrem, was in diesem Falle seine besondere Bedeutung beanspruchen kann, weil das Zentrum neuerdings bekanntlich kaum genug thun kann in Gefälligkeiten gegen die Regierung. Auch wird es voraussichtlich das Zentrum sein, dem die Regierung die Bewilligung der in der Budgetkommission gestrichenen Rate für die Korvette K in dritter Lesung noch zu danken haben wird. Graf Ballestrem will aber durchaus nichts davon wissen, daß Arbeiten nur darum begonnen werden sollen, damit Arbeitslose beschäftigt werden. Man käme damit auf den Standpunkt, der in Frankreich mit den Staatswerkstätten eingenommen worden sei, ein Vorgehen, das gewiß nicht empfohlen werden könnte. Nur der konservative Abg. Hahn erklärte sich mit den Argumenten des Reichskanzlers einverstanden, indem er that erichtlich deshalb nur so, weil die Konservativen ohnehin bereit sind, die verlangte Rate zu bewilligen und weil naturgemäß jeder Grund recht sein muß, der für die Bewilligung angeführt wird oder überhaupt nur angeführt werden kann. Dagegen konnte man aus der Rede des Herrn v. Bennigen einige, obwohl in höflichen Wendungen sich bewegende Zurückhaltung gegenüber den vom Grafen Caprivi angeführten Momenten heraus hören, während der Abg. Richter sich sehr bestimmt gegen eine derartige Neuerung verwahrt. Eigentlich sagten die Sozialdemokraten garnichts. Der Unfall wäre doch gewiß geeignet gewesen, um sie zur Aussprache über eine ihnen so naheliegende Frage zu bewegen. Aber gerade ihr Schweigen ist bezeichnend für die seltsame Verzerrung, in die die ganze Frage gerückt worden ist. Dem Reichskanzler widersprechen hieß vom sozialdemokratischen Standpunkt aus soviel als den Arbeitslosen zustimmen, der in Frankreich mit den Staatswerkstätten eingenommen worden sei, ein Vorgehen, das gewiß nicht empfohlen werden könnte. Nur der konservative Abg. Hahn erklärte sich mit den Argumenten des Reichskanzlers einverstanden, indem er that erichtlich deshalb nur so, weil die Konservativen ohnehin bereit sind, die verlangte Rate zu bewilligen und weil naturgemäß jeder Grund recht sein muß, der für die Bewilligung angeführt wird oder überhaupt nur angeführt werden kann. Dagegen konnte man aus der Rede des Herrn v. Bennigen einige, obwohl in höflichen Wendungen sich bewegende Zurückhaltung gegenüber den vom Grafen Caprivi angeführten Momenten heraus hören, während der Abg. Richter sich sehr bestimmt gegen eine derartige Neuerung verwahrt. Eigentlich sagten die Sozialdemokraten garnichts. Der Unfall wäre doch gewiß geeignet gewesen, um sie zur Aussprache über eine ihnen so naheliegende Frage zu bewegen. Aber gerade ihr Schweigen ist bezeichnend für die seltsame Verzerrung, in die die ganze Frage gerückt worden ist. Dem Reichskanzler widersprechen hieß vom sozialdemokratischen Standpunkt aus soviel als den Arbeitslosen die Gelegenheit zum Arbeiten versagen. Dem Reichskanzler zustimmen hieß wieder: die Bewilligung von Schiffsbauten und sonstigen militärischen und Marineanlagen befördern, die die Sozialdemokratie als nutzlose Vergeudung des Nationalvermögens zu betrachten liebt. Dieses Dilemma ist bekannt genug, aber nicht bloß für die Sozialdemokratie sondern auch für einen wesentlichen Theil unserer gesamten Zustände. Eine Abstimmung fand heute noch nicht statt.

— Die „Nordd. Allg. Blg.“ bezeichnet die kürzliche Meldung der „Nat. Blg.“, wonach das Demissionsgesuch des Ministers Miquel bis nach Beendigung der Kommissionsberathungen über das Volksschulgesetz vertagt sein sollte, für ungültig.

— Fürst Bismarck äußert sich in den „Hamb. Nachr.“ unter Berufung auf einen ungenannten Zeitungsaussatz über eine angeblich in jenem Artikel erwähnte Reise Ledochowskis in das deutsche Hauptquartier zu Versailles. Dazu sei Folgendes zu bemerken: Ledochowski war dorthin befördert worden, um ihm mitzuhelfen, daß wenn Deutschland dem Papst einen Dienst leisten sollte, es Gegen-dienste verlange, eine Hand wasche die andere. Ob er die Gegen-dienste gewährt habe oder ob er dazu die Macht habe, das wolle man daran erkennen, ob auf den französischen Clerus dahin Einfluß geübt werde, daß dieser auf die französische Regierung im Interesse des baldigen Friedensschlusses einwirke. Ledochowski erklärte sich zu dem Versuche bereit und trat mit den französischen Bischöfen in Verbindung, erhielt aber einen Refus, indem sich herausstellte, daß die französischen Bischöfe ihre nationalen Beziehungen höher stellten als ihre Neigung, dem Papst einen Dienst zu erweisen. Erst nachdem auf diese Weise die Impotenz des Papstes und seine Machtlosigkeit den französischen Geistlichen gegenüber festgestellt worden war, erfolgte deutscherseits die Ablehnung der Forderung, für seine Interessen einzutreten. Wenn es richtig ist, daß Ledochowski damals eine andere Richtung eingeschlagen hat, so lag dies in der Erkenntnis, daß der Papst nicht stark genug war, Deutschland die erforderlichen Gegen-dienste zu leisten, eine Erkenntnis, die auf deutscher Seite später in den inneren

Kämpfen mit dem Zentrum befestigt worden ist und welche die damalige Regierung zu der Überzeugung brachte, daß in der Katholizität Mächte existierten, die den Papst, auch abgesehen von der Wirklichkeit des französischen Nationalgefühls bei den dortigen Bischöfen, außer Stand setzten, für Dienste, die ihm geleistet würden, seinerseits Gegenleistung zu gewähren.“

Vorstehende Ausführungen sind keineswegs geeignet, über die Sachlage Klarheit zu verschaffen. Welche Dienste sollte denn Deutschland dem Papst leisten? Etwa die Wiederherstellung seiner weltlichen Macht?

Greifswald, 29. Febr. Auch 40 Professoren unserer Universität haben an den Landtag eine Petition gegen den Volksschulgesetzentwurf gerichtet.

Aus Bayern, 29. Febr. Den Erlass des bayerischen Kriegsministers, betreffs der Soldatenmühlanlagen hatte bekanntlich ebenso wie den entsprechenden sächsischen Erlass zuerst ein sozialdemokratisches Blatt veröffentlicht. Der „Allg. Ztg.“ auf diese Angelegenheit nunmehr eine Untersuchung eingeleitet worden, welche nicht ohne Erfolg geblieben sein soll.

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. Febr. [Original-Bericht der „Posener Ztg.“] Die trostlosen Zustände der russischen Bahnen werden momentan von dem „Kiewlanin“, einem vielgelesenen jüdischen Blatte (in Kiew erscheinend) in ebenso herber wie charakteristischer und gerechter Weise gezeigt. Indem das Blatt zunächst den ganzen gegenwärtigen Wirrwarr beleuchtet, der durch das ebenso überlastete wie rücksichtlose Eingreifen des Obersten Wendrich nur noch vermehrt worden ist, kommt es zu dem Schluss, daß die russischen Bahnen der ihnen gegenwärtig zugeschaffenen Aufgabe (d. h. die beschleunigte Zufuhr der für die Nothstandsprovinzen bestimmten Getreidemassen) in keiner Weise gewachsen seien; was da erst in Kriegszeiten zu erwarten sei, im Vergleich womit die heutige Aufgabe der Bahnen nur ein Kinderspiel sei, könne sich jeder selbst sagen.— Auch von vielen anderen Seiten werden bereits Stimmen laut, daß Oberst v. Wendrich bei allen seinen enormen Vollmachten und trotz des ihm geschenkten Vertrauens keineswegs die geeignete Persönlichkeit sei, um Ordnung in den Wirrwarr zu bringen. Welche dictatorische Stellung Wendrich übertragen ist, davon wissen vier Betriebschefs zu erzählen, die mit einem Male ihrer Posten enthoben wurden. Einer von ihnen, Ingenieur Ismailow, der sich durch das Gebehren W's tief getränkt fühlte, und wohl nicht ganz so schuldbeladen war, wie ihn der Oberst hinstellte, sah sich veranlaßt, seine Enthebung sofort dem Wegebauministerium zu melden und gleichzeitig um Schutz zu bitten. Der zeitweilige Verweiser des genannten Ministeriums, Geheimrat Lewejnow, ließ nun an den Obersten v. Wendrich sofort die telegraphische Weisung ergehen, den Betriebschef Ismailow in seinem Amt zu belassen. Daraufhin telegraphierte Wendrich jedoch zurück, daß er auf der Enthebung Ismailows bestehen müsse, und nun erfolgte sofort eine Weisung des Zaren, daß allen Anordnungen des Obersten v. Wendrich sofort Folge zu leisten sei. Man glaubt, daß nunmehr auch die Tage des Geheimrats J. in seinem Amt gezählt seien. Daß übrigens Herr v. Hübbenet, der frühere Minister der Wegekommunikationen, nicht zum kleinsten Theil seinen Sturz dem Obersten v. Wendrich zu verdanken hat, ist öffentliches Geheimnis. — Unter den für die Neubesetzung des Ministerpostens der Wegekommunikationen in Aussicht genommenen Persönlichkeiten befand sich auch Prinz Alexander Petrowitsch von Oldenburg. Auf eine an ihn ergangene Anfrage, ob er geneigt sei, den Ministerposten zu übernehmen, antwortete der Prinz jedoch ablehnend.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 29. Febr. In der Volkschulkommission wurde heute § 32 der Vorlage — Bildung von Schulbezirken in Gemeinden mit mehreren Volkschulen durch die Kreis- (Stadt-) Schulbehörde nach Anhörung der Schulvorstände — unter Ablehnung des Antrags Riedert angenommen. Riedert wollte die Bildung der Schulbezirke dem Kommunalprinzip entsprechend dem Gemeindevorstande übertragen. Auf Antrag Friedberg (nl.) wird die Beschlussfassung der ersten Kreis- (Stadt-) Schulbehörde übertragen. Auf Antrag der Abg. v. Beditz und Bruel werden Bestimmungen aufgenommen, welche das Recht der Eltern aus § 11 (Richtzuweisung von Kindern in einklassige Schulen) und die Rücksicht auf die Konfession wahren sollen. Die weiteren Bestimmungen über die Schulverbände und über die Aufbringung der Volkschulosten werden bis § 41 unter Ablehnung aller freisinnigen Anträge ohne wesentliche Änderung angenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 29. Febr. Der Kaiser hat für bedürftige Arbeitslose 5000 Fl. gespendet, auch von anderen Seiten laufen zahlreiche Unterstützungen ein. Der Bürgermeister Dr. Prix hat einen Aufruf erlassen, in welchem er die Bevölkerung um Beiträge zur Unterstützung bedürftiger Arbeitsloser bittet.

Paris, 29. Febr. Auch heute sprechen sich zahlreiche Blätter über die Ausschließung Constands aus dem neuen Kabinett mehr oder minder heftig tadelnd aus. Selbst der „Tempo“, welcher Loubet sympathisch begrüßt, bemerkt, die öffentliche Meinung, welche den Rücktritt Constands mit Bedauern begleite, setzte ihre Hoffnungen auf ihn, falls gewisse Eventualitäten eintreten sollten. — Das Kabinett wird, wie verschiedene Blätter melden, in der Deputirtenkammer sofort ausführliche Erklärungen über die Verhandlungen mit dem Bataillon abgeben und ist bereit, jede auf die Kirchenpolitik bezügliche Interpellation sofort anzunehmen; diese werde der „Liberté“ zu folge eine streng dem Konkordat entsprechende sein.

Paris, 29. Febr. Bei der gestern in Poitiers stattgehabten Deputirtenwahl wurde Touchimbert (konservativ) an Stelle von Denizot (Republikaner) gewählt.

Paris, 29. Febr. Die Unterhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, betreffend den Abschluß eines han-

delspolitischen Nebereinkommens haben dem Vernehmen nach zu einem günstigen Abschluß geführt. Danach sichern die Vereinigten Staaten Frankreich für die Einführung gewisser Produkte, wie Zucker, Measse, Häute u. s. w. Zollfreiheit zu. Frankreich gewährt den Vereinigten Staaten dagegen für verschiedene Produkte von entsprechendem Werthe den Minimaltarif.

Paris, 29. Febr. Bezüglich der Explosion vor dem Hotel „Princesse de Sagan“ wird angenommen, daß dieselbe als eine That der Anarchisten anzusehen sei. Man vermutet, daß Attentat seit eigentlich gegen die spanische Botschaft gerichtet gewesen, welche sich gegenwärtig auf dem Boulevard de Courcelles befindet, in den meisten Adressbüchern jedoch noch als in der Rue St. Dominique, in der nächsten Nähe des oben genannten Hotels befindlich verzeichnet steht.

Madrid, 29. Febr. Die Zolleinnahmen des Monats Februar ergeben gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres einen Mehrbetrag von 2000 000 Pesetas.

London, 29. Febr. Alle Bergleute in den Kohlengruben von Lancashire haben angezeigt, daß sie die Arbeit am 12. März niederlegen werden. Infolgedessen finden die Unternehmer jetzt schon Schwierigkeiten, die ihnen übertragenen Lieferungen auszuführen. Uebrigens werden die Werkbesitzer wahrscheinlich eher den Betrieb in ihren Werken einstellen als den Arbeitern die geforderte Lohnerhöhung bewilligen.

London, 29. Febr. Die radikalen Klubs der Arbeitervereinigungen bereiten für den 1. Mai eine Kundgebung vor. Die Polizei gestattete denselben im Hyde-Park 12 Tribünen zu errichten. Der Zweck der Kundgebung ist, den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag zu verlangen.

Washington, 29. Febr. In dem Berichte der Majorität der Finanzkommission über die freie Wolleneinheit heißt es, ein stichhaltiger Grund für Aufrechterhaltung der überaus hohen Zollsätze des Mac Kinley-Tariffs auf Waaren, welche zur Gefundheit und zum Wohlsein der Bevölkerung der Vereinigten Staaten erforderlich wären, liege nicht vor; die sehr starken Schutzzölle auf Wollen nötigten die Fabrikanten sich billigerer Stoffe als Wollen zu bedienen; es seien daher weit eher die Shoddy-Fabrikanten der Vereinigten Staaten als die Wollproduzenten Australiens und Süd-Amerika's, welche den einheimischen Wollproduzenten Konkurrenz machen.

London, 1. März. Die Bergarbeiter von Durham beschlossen, sich dem am 11. d. Mts. beginnenden Generalauftauste anzugliedern.

Angelommene Fremde.

Posen, 1. März. Mylins Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Oberst u. Komm. v. Drygalski mit Frau a. Inowrazlaw, Major u. Bat.-Komm. Schulz mit Frau a. Lissa, Major v. Leslie mit Frau a. Lissa, Pr.-Lieutenant v. Buttkamer m. Frau a. Inowrazlaw, Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode, Pr.-Lieutenant v. Grävenitz mit Frau, die Sel.-Lieutenants Frhr. v. Matzka, v. Borcke u. v. Bücker a. Gneisen, die Rittergutsbesitzer Endell a. Kiekrz, v. Treslow mit Familie a. Wierzonka, Baron v. Seydlitz mit Frau a. Szrode, Baron v. Gersdorf mit Familie a. Barsko, v. Unruh a. Kl. Münche, v. Dulon a. Witasice, v. Böltowksi a. Ujazd, Roth a. Mogilno u. Winzer a. Bölsdorff, die Landräthe v. Pelsen mit Frau aus Koschmin u. v. Betha a. Czarnikau, Reg.-Assessor Graf v. Westarp a. Wollstein Rechtsanwalt Adamczyk a. Görlitz, Frau Justizrat Krause a. Ratzeburg, die Kaufleute Gegner a. Eberfeld, Deitmann a. Waltershausen, Gebr. Wittenberg a. Breslau, Diez a. Brandenburg u. Stark a. Kettwig.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Pincus a. Breslau, Rosengarten, Wolff, Fürst u. Lippmann a. Berlin, Bramlage a. Hamburg, Blasche a. Magdeburg, Kochewitz a. Kemnitz, Albrecht a. Blauen, Michalowitz a. Elbing, Hepner a. Jaraczewo, Fleischmann a. Nürnberg, Roderwald a. Dresden, Bernstein a. Chemnitz u. Bothmer a. Erlangen, Chemiker Heilbronn a. Brüssel, die Rittergutsbesitzer Frau v. Arntz mit Tochter a. Komornik, v. Wegener u. v. Jagow mit Frau aus Koscinno, Frau v. Gersdorf mit Tochter a. Kirchen-Popowo, von Winterfeld a. Przependow, die Landräthe Germershausen m. Frau a. Protoschin u. v. Kitzing a. Obornik, Pr.-Lieutenant Zeidler a. Inowrazlaw, die Lieutenant v. Bomstedi a. Edstelle, v. Valentini u. v. Ziehlberg a. Inowrazlaw.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus (R. Heyne). Die Kaufleute Siede a. Hannover, Knorr a. Kulm, Mosig a. Siegen, Königberger a. Oppeln u. Monk a. Hamburg, Landwirth Plecke a. Tyllice, Maurermeister Hinz a. Siegen Rittergutsbesitzer Schur a. Heinrichsau, Güter-Expedient Turst a. Ostrowo, Zahlmeister-Alpirant Gerlach a. Ostrowo, Ingenieur Panitz a. Prag u. Bauunternehmer Wiesner a. Thorn.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Bogen aus Breslau, Schwerin a. Rostock, Krusse und Colberg aus Berlin, Kullniki aus Potulice, Baerwald aus Ratzeburg, Deventer aus Lippstadt, Schmidt aus Stettin, Kalb aus Leipzig, Cremers aus Krefeld, Heidt aus Stettin, lgl. Polizei-Kommissarius Schulz aus Posen, Versicherungs-Inspecteur Henfelmann u. Ingenieur u. Lieut. a. D. Mathis aus Berlin.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Straßner a. Berlin, Brühl, Goldmann u. Fuchs a. Breslau, Lewin a. Rosgów, Scholnik a. Slupce, Glücksburg a. Piotrkow u. Bonhadt a. Radom.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Kramuszka, Massa u. Hammerschmidt a. Berlin, Taterka a. Breslau und Frau Lindner mit Sohn a. Dresden, Berl.-Inspecteur Meiss a. Danzig.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 29. Febr. In der heute Vormittag 10^{1/2} Uhr im Sitzungssaale der Deutschen Bank stattgehabten ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Deutschen Bank war ein Aktienkapital von 11 362 800 Mark mit 9441 Stimmen vertreten. Von der Verleihung des Jahresberichts wurde Abstand genommen. Der Rechnungsabschluß wurde genehmigt, die Dividende auf 9 Prozent = 54 Mark für eine Aktie zu nom. 600 Mark und 108 Mark für eine Aktie zu nom. 1200 Mark festgesetzt, sowie der Direktion und dem Aufsichtsrath einstimmig Decharge ertheilt.

** **Leipzig**, 29. Febr. In der heute stattgehabten Hauptversammlung Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt wurde die Dividende auf 9 Prozent festgesetzt. Die Frist der noch mit 150 Prozent zu begebenden 2049 600 Mark neuer Aktien wurde bis zum 31. März 1894 verlängert. Eine Begehung von Aktien im Jahre 1892 wird indessen nicht beabsichtigt.

Paris, 29. Febr. Die Unterhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, betreffend den Abschluß eines han-

delspolitischen Nebereinkommens haben dem Vernehmen nach zu einem günstigen Abschluß geführt. Danach sichern die Vereinigten Staaten Frankreich für die Einführung gewisser Produkte, wie Zucker, Measse, Häute u. s. w. Zollfreiheit zu. Frankreich gewährt den Vereinigten Staaten dagegen für verschiedene Produkte von entsprechendem Werthe den Minimaltarif.

Breslau, 29. Febr. (Amtlicher Produktions- und Börsen-Bericht).

Morgen p. 1000 Fl. — Gel. — Cr. abgelaufene Kündigungsschreine — p. Febr. 22.00 Br. p. April-Mai 21.00 Br. Hafer (p. 1000 Fl.) p. Febr. 148.00 Br. Rübs 51 (p. 100 Fl.) p. Febr. 58.00 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Taxe: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gekündigt — Liter p. Febr. (50er) 63.00 Gd. Febr. (70er) 43.50 Gd. April-Mai 44.50 Gd. Juli-August 46.50 Gd. August-September 46.50 Gd. Binf. Ohne Umzug. Die Börsenkommision.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar und März 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. 66 m Seehöhe.	W i n d.	W e t t e r.	T e m p. G r a d.
29. Nachm. 2	754,7	N mäßig	bedeckt	+ 2,1
29. Abends 9	754,5	NNO mäßig	bedeckt	+ 0,4
1. Morgs. 7	755,2	N frisch	heiter	- 3,4
Am 29. Febr. Wärme-Maximum +	2,3° Cell.			
Am 29. = Wärme-Minimum -	0,5° =			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. Febr. Morgens 2,72 Meter.
= = 29. Mittags 2,72 =
= = 1. März Morgens 2,68 =

Produkten- und Börsenberichte.

Börsenkurse.

Breslau, 29. Febr. Fest.
Neue Proz. Reichsanleihe 84.40, 3^{1/2} proz. L.-Pfandbr. 96.85, Konz. Türkei 18.60, Türk. Liope 75.50, 4 proz. ung. Goldrente 92.50, Bresl. Diskontobank 92.75, Breslauer Wechslerbank 94.25, Kreditattien 170.75, Schles. Bankverein 109.15, Donnersmarchhütte 75.40, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120.25, Oberschles. Eisenbahn 52.25, Oberschles. Portland-Cement 95.00, Schles. Cement 130.00, Oppeln-Cement 100.50, Schles. Dampf. C. —, Krakow 119.00, Schles. Binfatten 190.50, Laurahütte 100.00, Verein. Delfab. 88.75, Österreich. Banknoten 172.85, Russ. Banknoten 201.80, Giebel-Cement 103.00.

Frauenfeld a. M., 29. Febr. (Schlukurse). Schwächer.
Bond. Wechsel 20.412, 4 proz. Reichsanleihe 106.70, österr. Silberrente 80.95, 4^{1/2} proz. Papierbriefe —, do. 4 proz. Goldrente 95.40, 1860er Liope 123.90, 4 proz. ungar. Goldrente 92.50, Stalauer 89.10, 1880er Russen 92.20, 3. Orientanl. 63.50, unifiz. Egypter 95.70, ton. Türk. 18.80, 4 proz. türk. Anl. 83.00, 3 proz. port. Anl. 28.20, 5 proz. serb. Rente 78.40, 5 proz. amort. Rumänier 96.80, 6 proz. Konz. Wert. 79.10, Böh. Wert. 302^{1/2}, Böh. Nordwestbahn 157^{1/2}, Franzosen 248^{1/2}, Galizier 182^{1/2}, Gotthardbahn 135.60, Lombarden 74^{1/2}, Südbed.-Büchen 146.00, Nordwestbahn 180, Kreditattien 264^{1/2}, Darmstädter 122.50, Mittelb. Kredit 96.40, Reichsb. 146.20, Dist.-Kommandit 179.60, Dresden. Bant 133.00, Pariser Wechsel 80.85, Wiener Wechsel 172.30, serbische Tabaksskatte 78.70, Bochum. Gusstahl 108.60, Dortmund. Union 51.00, Harpener Bergwerk 135.00, Hibernia 120.20, 4 proz. Spanier 61.20, Mainzer 112.20, Privatdiskont 2 Proz.

Nach Schluss der Börse: Kreditattien 264^{1/2}, Dist.-Kommandit 179.50, Bochumer Gusstahl —, Harpener —, Lombarden —.

Wien, 29. Febr. Ungeachtet Festigkeit in Berlin auf Platzabgaben in Kreditattien und in Montanwerthen verblümt.

Oesterr. 4^{1/2} proz. Papier. 94.70, do. 5 proz. 102.60, do. Silber. 94.20, do. Goldrente 111.50, 4 proz. ungar. Goldrente 107.70, 5 proz. dr. Papier. 102.10, Vorderbank 205.70, österr. Kreditbank 308.75, ungar. Kreditattien 346.75, Wien. Bl.-B. 112.30, Elbenthalbahn 228.00, Galizier 212.00, Lemberg-Czernowitz 247.00, Lombarden 86.00, Nordwestbahn 209.50, Tabaksskatte 164.00, Napoleon 9.38^{1/2}, Marknoten 57.95, Russ. Banknoten 1.16^{1/2}, Silbercoupons 100.00, Bulgariische Anleihe 101.00.

Spec short clear middl. Gest. 33 $\frac{1}{4}$. Br.

Hamburg, 29. Febr. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 210—216. — Roggen loko ruhig, medlerb. loko neuer 215—220, ruff. loko ruhig, neuer 188—190. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbel (unverz.) ruhig, loko 57,00. Spiritus ruhig, ver Febr.-März 35 $\frac{1}{4}$ Br., per März-April 35 $\frac{1}{4}$ Br., v. April-May 35 $\frac{1}{4}$ Br., per Mai-Juni 35 $\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Ballen. Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,35 Br., v. März 6,15 Br. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 29. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67 $\frac{1}{2}$ %, per Mai 67 $\frac{1}{2}$ %, per Juli —, pr. Sept. 64 $\frac{1}{2}$ %, v. Nov. 62 $\frac{1}{2}$ %. Ruhig.

Hamburg, 29. Febr. Zuckermarkt (Schlußbericht). Rübenzucker I. Produkt Basis 88 p.C. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg v. Febr. 14,22 $\frac{1}{2}$, v. März 14,22 $\frac{1}{2}$, v. Mai 14,52 $\frac{1}{2}$, v. August 14,87 $\frac{1}{2}$, Ruhig.

Berl. 29. Febr. Produktentmarkt. Weizen loko ohne Kauflust, ver Mai-Juni 10,25 Gb., 10,25 Br. ver Herbst 9,24 Gb., 9,26 Br. Hafer v. Frühjahr 5,79 Gb., 5,81 Br. — Neu-Mais v. Mai-Juni 5,37 Gb., 5,39 Br. — Kohlraps v. Aug.-Sept. 13,25 Gb., 13,35 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 29. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, v. Februar 25,50, v. März 25,60, v. März-Juni 25,90, v. Mai-August 26,40. — Roggen ruhig, ver Februar 19,20, ver Mai-Aug. 18,90. — Mehl weichend, v. Febr. 54,40, v. März 54,90, v. März-Juni 55,50, v. Mai-Aug. 56,50. — Rüböl matt, v. Febr. 54,75, v. März 54,75, v. März-Juni 55,75, v. Mai-Aug. 57,75. — Spiritus matt, v. Febr. 47,25, v. März 46,25, v. März-April 46,25, v. Mai-August 44,75. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 29. Febr. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.C. loko 38,50. Weicher Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 39,62 $\frac{1}{2}$, v. März 39,75, v. März-Juni 40,12 $\frac{1}{2}$, v. Mai-Aug. 40,62 $\frac{1}{2}$.

Paris, 29. Febr. Die Produktentbörse und Zuckermarkt bleiben morgen geschlossen.

Havre, 29. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Rio 11 000 Sac, Santos 12 000 Sad für Sonnabend.

Havre, 29. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 90,00, v. Mai 87,00, v. Sept. 82,75. Ruhig.

Amsterdam, 29. Febr. Bancazinn 53 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 29. Febr. Java-Kaffee good ordinari 54.

Amsterdam, 29. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, v. März 233, v. Mai 241. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine unverändert, per März 221, per Mai 228. Käfis ver Frühjahr —. Rüböl loko 28 $\frac{1}{2}$, v. Mai 27 $\frac{1}{2}$, v. Herbst 27 $\frac{1}{2}$.

Antwerpen, 29. Febr. Heute und morgen kein Petroleummarkt.

London, 29. Febr. 96 p.C. Javazucker loko 16 $\frac{1}{2}$ %, ruhig. Rüben-Zucker loko 14 $\frac{1}{2}$ %, ruhig. — Wetter: Bewölkt.

London, 29. Febr. Chitt.-Kaffee 44 $\frac{1}{2}$, ver 3 Monat 44 $\frac{1}{2}$.

London, 29. Febr. Die Getreideaufnahmen betrugen in der Woche vom 20. bis 26. Februar: Englischer Weizen 2047, fremder 19451, englische Gerste 3428, fremde 18035, englische Malzgerste 19529, fremde —, englisch. Hafer 985, fremder 52096 Orts. Englisches Mehl 19441, fremdes 88526 Sac und — Käfis.

London, 29. Febr. (Anfangsbericht.) Weizen träge, 1 sh. niedriger gegen vorige Woche. Mehl träge, Gerste und Mais ruhig. Hafer fest, mitunter 1/4 sh. höher.

London, 29. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen stetig, knapp, fremder sehr träge, 1/2 bis 1 sh. niedriger als vorige Woche. Mehl 1/2 sh. niedriger, russischer Hafer ruhig aber stetig. Angelommener Weizen geschäftslos, Preise nominell; schwimmender unverändert, zurückhaltend, schwimmende Gerste stetig, schwimmender Mais ruhig. Uebrigens seit Anfang unverändert.

Liverpool, 29. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 10 000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 36 000 Ballen.

Liverpool, 29. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle.

Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Amerikaner unverändert, Säfte träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 32 $\frac{1}{2}$, Verkäuferpreis, April-May 31 $\frac{1}{2}$, Käuferpreis, Mai-Juni 34 $\frac{1}{2}$, Verkäuferpreis, Juni-Juli 31 $\frac{1}{2}$, Käuferpreis, August-September 36 $\frac{1}{2}$ d. Verkäuferpreis.

Weitere Meldung. Ceara 1/10 niedriger.

Liverpool, 29. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 2000 Ballen. Träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 32 $\frac{1}{2}$, Verkäuferpreis, April-May 31 $\frac{1}{2}$, Käuferpreis, Mai-Juni 34 $\frac{1}{2}$, Verkäuferpreis, Juni-Juli 31 $\frac{1}{2}$, Käuferpreis, August-September 36 $\frac{1}{2}$ d. do. do.

Bradford, 29. Febr. Tendenz für Wolle ruhig, Preise unverändert. Garne und Stoffe weichend.

Glasgow, 29. Febr. Mohselen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 1/4, d. Käufer, 40 sh. 6 d. Verkäufer.

Glasgow, 29. Febr. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 5714 Tons gegen 3825 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 29. Febr. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per März 57 $\frac{1}{2}$. Weizen per Mai 102 $\frac{1}{2}$.

Berlin, 1. März. Wetter: Trübe.

Newyork, 29. Febr. Weizen per Februar fehlt, per März 103 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 29. Febr. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstiger und trugen hier in Verbindung mit anderen kommerziellen Nachrichten zur Befestigung der Stimmung bei.

Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen lebhafter und auch im weiteren Verlaufe des Verkehrs blieb die Haltung bei unwesentlichen Kurschwankungen fest, bis gegen Schluss vom Montanmarkt ausgehend sich eine Abschwächung auch auf anderen Gebieten geltend machte.

Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische Anleihen fester und namentlich 3prozentige, lebhafter und höher.

Fremde, festen Zins tragende Papiere waren gut behauptet und ruhig; Russische Anleihen und Noten, sowie Ungarische 4prozent Goldrente fest.

Der Privatkonto wurde mit 1 $\frac{1}{2}$ Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer Notiz lebhaft um; Franzosen fester, andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig. Schweizerische Bahnen fester der kleineren Geschäft, Warschau-Wien etwas besser.

Inländische Eisenbahntickets ruhig und fest, Marienburg-Mlawka und ostpreußische Südbahn etwas besser.

Bankaktien fester und in den spekulativen Devisen zu etwas höherer Notiz lebhafter, namentlich Diskonto-Kommandit-Anteile und Aktien der Deutschen Bank.

Industriepapiere behauptet und wenig lebhaft. Montanwerthe anfangs ziemlich fest, später schwächer.

Produkten-Börse.

Berlin, 29. Febr. Der Weizenpreis gab am Sonnabend in Newyork an der Börse 1 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{4}$ C., nach der Börse noch 1 C. nach. Die heutige Getreidebörsen zeigte heute große Geschäftsstille, zu welcher die ungewöhnlich starke Kanalliste beitrug. Weizen war bei stillem Geschäft nahezu behauptet. Roggen bühte bei geringen Umsätzen für nahe Sichten etwas ein; hintere Termine waren aber besser begehrt, so daß der Export sich verkleinerte. Hafer fast ohne Umsatz und wenig verändert. Roggennmehl still und für nahe Sichten billiger. Rüböl wenig verändert. In Spiritus

war die Vokuzufuhr knapp und bei guter Nachfrage zogen die Preise um 20 Pf. an. Nahe Sichten waren auf Deckungen höher; der Mangel an Abgebern blieb der Verkehr aber ziemlich still.

Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) v. 1000 kg. Volo still. Termine still. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Volo 202—222 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 204 M. v. diesen Monat 203 M. Durchschnittspreis 203 M. v. April-May 202,75 bez., per Mai-Juni 204,5 bez., per Juni-Juli 206 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Volo gut behauptet. Termine niedriger. Gel. — Ton. Kündigungspreis — M. Volo 204—215 M. nach Dual. Lieferungsqualität 212 M. inländ. mittel 210, guter 211—213 ab Bahn bez., per diesen Monat 215 M. Durchschnittspreis 215 M., v. April-May 215,25—215—215,25 bez., v. Mai-Juni 212,25—212,75—212,5 bez., v. Juni-Juli 208,75 bis 209—208,75 bez., v. Juli-August —.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—195 M. nach Dual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. Volo flau. Termine höher. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Volo 153—178 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 M. Bom. preuß. und schles. mittel bis guter 155—163, hochfeiner 173—174 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat 154 M. Durchschnittspreis 154 M., v. April-May 153,5—154,5 bez., v. Mai-Juni 155 bez., v. Juni-Juli 155—156—155,5 bez.

Mais v. 1000 Kilogramm. Volo still. Termine —. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Volo 134—144 M. nach Dual, ver diesen Monat — M. ver Febr.-März —, ver März-April —, per April-May 29,35—29,25 bez., ver Mai-Juni 29,1—29, bez., per Juni-Juli 28,7—28,6 bez., v. Juli-August —.

Rüböl p. 100 Kilo mit Fas. Wenig verändert. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. — M. Volo ohne Fas. — M., ver diesen Monat 55,5 M., Durchschnittspreis 55,5 M., v. Mai-Juni —, v. September-Oktober 54,7—54,6 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto incl. Sad. Volo 33,00 M. — Feuchte dgl. p. Volo 18,60 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sad. Volo 33,00 M.

Betroleum. (Stoffmehl Standard white) p. 100 Kilo mit Fas. in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — M. Kündigungspreis — M. Volo — M., dießen Monat 23,5 M., Durchschnittspreis 23,5 M., v. Febr.-März —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Volo ohne Fas. 65,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — — Str. Kündigungspreis — M. Volo ohne Fas. 46 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. — v. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest. Gef. 10 000 Str. Kündigungspreis 45,9 M. Volo — M., v. diesen Monat 45,8—46 bez., Durchschnittspreis 45,9 M., v. Febr.-März —, per März-April —, per April-May 46—46,2—46,1 bez., per Mai-Juni 46,1—46,3—46,2 bez., per Juni-Juli 46,5—46,7—46,8 bez., v. Juli-Aug. 46,9—47,1 bez., v. Aug.-Sept. 47—47,2 bez., per Oktober 47,4—44,8 bezahlt.

Weizennmehl Nr. 00 29,5—27,5, Nr. 0 27,25—25,5 bez.

Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggennmehl Nr. 0 u. 1 29,75—28,75 bez., do. feine Marken

Nr. 0 u. 1 31,25—29,75 bez., Nr. 0 1 $\frac{1}{2}$, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 41/4 M. I. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. Wösterr. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 fl. Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v29 Feb.	Brnsch. 20. T.L.	105,50 br.	Pohw. Hyp.-Pf. 41/2	102,75 br.	Warsch-Teres.	5	96,75 br.	do. Gold-Prior. 5	102,80 B.	Prifys.-Bil. (rz 120) 147/4	Bauges. Mumb.	120,00 B.
Amsterdam. 3</td												